

## Parteiprogramme zur Landtagswahl

### Für Sie durchstößert

Am 13. März 2016 steht in Baden-Württemberg die nächste Landtagswahl an. Mit mehr oder weniger umfangreichen Programmen, die Kernaussagen zu allen gesellschaftlich relevanten Themen enthalten, werben die Parteien um die Wählergunst. Wir haben mal einen Blick in die bisher vorliegenden Programme der im Landtag vertretenen Parteien geworfen und uns dabei auf unsere Kerninteressen beschränkt.

Die CDU führt unter der Überschrift: „Jäger statt Wildtiermanager“ aus:

„Eine wichtige Aufgabe im Natur- und Artenschutz leistet die Jagd. Die Novellierung des Jagdgesetzes bescheinigt, dass Grün-Rot der Bevölkerung, den pflichtbewussten Jägerinnen und Jägern sowie den Grundeigentümern in dieser Thematik nicht viel zutraut. Wir stellen uns gegen eine Verbotspolitik, die vom grünen Tisch aus gemacht wird. Als CDU vertrauen wir unseren Jägerinnen und Jägern. Deshalb werden wir eine Novelle des Landesjagdgesetzes innerhalb des ersten Jahres einer CDU-geführten Landesregierung anstreben.“



Die CDU will zur Befriedung bei Streitigkeiten und zur Erleichterung gütlicher Einigungen eine Wiedereinführung des behördlichen Vorverfahrens bei der

Wildschadensregulierung, eine Aufhebung der Verbote der Fütterung sowie bestimmter Jagdarten.

Wir werden

- innerhalb des ersten Jahres das Jagdgesetz novellieren,
- die Liste der jagdbaren Tiere erweitern und die Jagdruhezeiten wieder aufheben,
- die Beteiligung der Landwirte an Wildschäden bei Mais abschaffen und den gesetzgeberischen Rahmen für die Etablierung kommunaler oder jagdlicher Wildschadenskassen setzen.“

Aussagen zum Waffenrecht enthält das CDU-Programm nicht.



Direkte Aussagen zum Jagdrecht trifft das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen keine, dies hat die grün-rote Landesregierung ja in der noch laufenden Legislaturperiode bereits abgearbeitet.

Inwieweit sich Forderungen zur Forstpolitik, z.B. stärkere Einbeziehung von naturschutz- und artenschutzfachlichen Aspekten bei der Umsetzung der naturnahen Waldwirtschaft oder die Herausnahme von 10 % der gesamten Waldfläche aus der Nutzung im Rahmen der Biodiversitätsstrategie auch jagdlich auswirken, ist noch nicht absehbar.

Klar ist dagegen, dass die Grünen dem privaten Waffenbesitz sehr kritisch gegenüber stehen und dies auch im Parteiprogramm artikulieren:

„Die massive Verbreitung von funktionsfähigen Schusswaffen in Privatwohnungen ist eine Gefahr für die Sicherheit. Deshalb treten wir auf Bundesebene dafür ein, dass der private Waffenbe-

sitz deutlich eingeschränkt und effektiv kontrolliert wird. Einsatzbereite und funktionsfähige Schusswaffen wollen wir nur noch in Ausnahmefällen (z.B. Jagdwaffen bei Jagdscheinberechtigten) in privaten Haushalten zulassen. Funktionsfähige Waffen und ihre Munition sollen künftig in der Regel getrennt voneinander und außerhalb von Privaträumen aufbewahrt werden. Wir tragen weiterhin Sorge dafür, dass die Waffenbehörden im Land regelmäßige und effektive Waffenkontrollen durchführen können.“

Die fett gedruckte Änderung wurde beim Landesparteitag am 12./13. Dezember auf Antrag des Abgeordneten Reinhold Pix und anderer Mitglieder ohne Abstimmung in das Programm übernommen.



Baden-Württemberg

Die SPD als Koalitionspartner hat am 14.12. den Entwurf ihres Regierungsprogramms „Baden-Württemberg leben“ vorgestellt. Es wird am 23.1.2016 bei einem Parteitag verabschiedet. Im Entwurf findet sich zum „Jagdrecht“ das Bekenntnis: „Am modernsten Jagdrecht in Europa halten wir fest“, das Waffenrecht ist für die SPD kein Thema.



Die FDP/DVP, die schon nach der Sommerpause mit ihrem Wahlprogramm

„Mehr Chancen durch mehr Freiheit“ an die Öffentlichkeit ging, findet in Sachen Jagd deutliche Worte:



„Wir werden

- das bevormundende und eigentumsfeindliche grün-rote Jagdrecht wieder durch ein Jagdgesetz mit praktikablen Wildschadensregelungen ablösen und die in vielen Kreisen schon ausgesetzte Jagdsteuer endgültig abschaffen,
- ein wirksames Kormoran- und Bibermanagement ermöglichen sowie einen Ausgleichsfonds für Biber Schäden einrichten...“



Hinweisen möchten wir noch darauf, dass es weitere Parteien gibt, die in den Landtag einziehen wollen und die sich für oder gegen die Belange der Jägerinnen und Jäger und der legalen Waffenbesitzer einsetzen.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern: Nehmen Sie Ihre Verantwortung und Ihre Rechte als Bürgerinnen und Bürger wahr und gehen Sie am 13. März 2016 zur Wahl. Informieren Sie sich vorab in Parteiprogrammen, auf Wahlveranstaltungen oder in persönlichen Gesprächen mit Kandidaten darüber, was die Parteien wollen.

Der Landesjagdverband wird in Kürze an die im Landtag vertretenen Parteien Wahlprüfsteine verschicken und diese mit den Antworten vor der Wahl auf Facebook, im Internet und im „Jäger von Baden-Württemberg“ veröffentlichen.

Dr. Erhard Jauch